

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Ergebnisse im Auswärtigen Dienst.

Nachdem der Reichspräsident mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm zustehenden Aufwandsgebelter verzichtet hat, hat nunmehr auch das Auswärtige Amt mit sofortiger Wirkung sehr einschneidende Kürzungen der Gehälter der Auslandsbeamten angeordnet. Es hat einen Abbau durchgeführt, indem es mit ganz wenigen Ausnahmen die Gehälter des Geschäftsbüropersonals in der ganzen Welt durchschnittlich um 10 %, zum Teil auch um höhere Sätze, herabgemindert hat. Die Gehälter der Geschäftsführer sind um 12 % und die der Vorkasse um 15 % gekürzt worden.

Ein Fernbrief 50 Millionen.

Vom 1. November wird, wie gemeldet wird, ein neuer Posttarif eingeführt: ein Fernbrief soll 50 Millionen kosten. Es läßt also eine fünfmalige Erhöhung der jetzt neu eingetretenen Gebühren in Betracht. Karten zu 100 und 200 Millionen werden bereits gedruckt. Ihre Ausgabe erfolgt in der nächsten Woche.

Arbeitszeit der Beamten.

Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung der Vertreter der Reichsregierung mit den Beamten-Spitzenorganisationen über Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten statt. Die Verhandlungen wurden vertagt, da die Beamtenorganisationen Gewicht darauf legen, daß ihnen der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt werde.

Entwurf zum Grundsteuergesetz angenommen.

Der Ausschuss des Preussischen Landtages hat den Regierungsentwurf der Grundsteuer angenommen. Der Entwurf ist lediglich in einem Punkt geändert worden, insofern als die Abgabe pro zwei Morgen landwirtschaftlichen Grundbesitzes, die 3,60 Goldmark pro Jahr betragen sollte, auf 25 Goldpennig pro Monat ermäßigt wurde. Die Abgabe für städtischen Grundbesitz bleibt mit 20 Goldpennigen pro Monat gleich 2,40 Goldmark pro Jahr bestehen.

Wertbeständige Geldstrafen.

Wie der preussische Justizminister bekannt gibt, beträgt nach Inkrafttreten des Reichsgesetzes über Vermögensstrafen und Bußen vom 20. Oktober ab bei Übertretungen die Mindestgeldstrafe 10 Millionen, die Höchststrafe 10 Milliarden, bei Verbrechen und Vergehen die Mindestgeldstrafe 30 Millionen, die Höchststrafe 100 Milliarden und, wenn die Tat aus Gewinnlust begangen ist, 10 000 Milliarden Mark. Die erhöhten Strafrahmen gelten auch bei Taten, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begangen sind. Geldstrafen unter 10 Millionen Mark bei Übertretungen und unter 30 Millionen Mark bei Verbrechen und Vergehen sind nach dem 19. Oktober 1923 nicht mehr zulässig. Das Gesetz bringt ferner als neuen Punkt das wertbeständige Geldstrafenrecht. Alle erkannten Geldstrafen und Bußen passen sich künftig selbstständig der Bewegung der Reichsindexzahlen vom Tage des Erlasses der Entscheidung an.

Kartoffelbeschlagnahme in Bayern.

Der Generalkonsulatskommissar ordnete mit sofortiger Wirksamkeit für das rechtsrheinische Bayern an, daß jeder Landwirt, der Herbstkartoffeln angebaut hat, verpflichtet ist, bis zum 17. November 30 % seiner gesamten Kartoffelernte an Verbraucher oder zum Kartoffelhandel zugelassene Personen in Bayern abzugeben, wofür ein Entgelt von 10 Pfennigen pro Zentner zu zahlen ist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldbußen bestraft.

Die Zwangspensionierungen in Sachsen.

Der sächsische Landtag hat die politische Tätigkeit des Rabinets Feigens mit der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen, der die politischen Zwangspensionierungen von Beamten untersuchen soll. Hier sollen sich schwere Mißstände zeigen.

Die Reichswehrtruppen stellen keine Verpflegungsansprüche!

Dresden, 2. Okt. Wie wir hören, hat das Wehrkommando IV dafür Sorge getragen, daß die aus andern Wehrkreisen herangezogenen Truppenverpflegungen mit ihren Verpflegungsbedürfnissen der Bevölkerung des Freistaates Sachsen nicht zur Last fallen werden. Die Truppen führen für mehrere Tage Verpflegung aus ihren Standorten mit sich und sind dann — soweit nicht Verpflegung aus Heeresmagazinen erfolgen kann — mit ihren Bedürfnissen auf den Ankauf aus dem freien Handel, der seine Waren stets aus andern Teilen des Reiches ergänzen kann, angewiesen worden. Verpflegung durch die Quartierwirte, die nach dem Gesetz verlangt werden kann, wird von den Truppen nicht gefordert werden. Sie wird nur angenommen werden, wo sie freiwillig angeboten wird. Die Truppenteile werden Verpflegung und Quartier an die Quartierwirte stets bar zur Stelle bezahlen. Die Bevölkerung des Freistaates Sachsen hat daher keinerlei Grund, von dem Truppenzug eine Verschönerung ihrer wirtschaftlichen Not zu befürchten.

Neue Schritte der Reichsregierung.

Vor der Katastrophe.

An der Hartnäckigkeit Frankreichs sind alle Versuche gescheitert, zu irgendwelchen Verhandlungen über die Regelung der allgemeinen und insbesondere der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu kommen.

Deshalb hat die deutsche Reichsregierung, ausgehend von der Tatsache, daß die Reparationsleistungen nicht bloß Frankreich angehen, dem Vernehmen nach, die diplomatischen Vertreter in den europäischen Ländern und in Washington beauftragt, einen Schritt in dieser Frage zu tun, die Deutschland vor die Gefahr einer finanziellen oder sozialpolitischen Katastrophe stellt.

Die deutsche Regierung hat sich schon bereit erklärt, zunächst die lokalen Behörden und Wirtschaftsverbände mit französischen Besatzungsbehörden verhandeln zu lassen. Poincaré aber verlangt bekanntlich das, was das Reich in seiner gegenwärtigen höchsten finanziellen Bedrängnis nicht leisten kann, die Finanzierung der Sachleistungen durch die deutsche Regierung. Dabei steht der verhängnisvolle Einbruch von Hungertod und Verderben im besetzten Gebiet vor der Tür. Das Kabinett verhandelt anbauend über Maßnahmen gegen die drohende Katastrophe.

Wirtschaftsrat in Düsseldorf.

Mit Billigung der Reichsregierung wird zur Wiederaufnahme von Wirtschaft und Arbeit in Düsseldorf ein Wirtschaftsrat gebildet, an dem sich auch die Besatzungsbehörde beteiligt. Vertreten sind in ihm die Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Arbeitgeberverband, Handelskammer, Handwerkskammer, Banken und das Transportgewerbe. Die Besatzungsbehörde entsendet fünf Vertreter: für Regie, Finanzen, Sektion Ökonomie, Gruben- und Hüttenkommission und Truppenkommandantur.

Der Konflikt mit Bayern.

Dieses Bedauern bei allen Parteien.

Daß die seit längerer Zeit hinschiebenden Unstimmigkeiten zwischen Berlin und München nun doch zum offenen Konflikt sich ausgewachsen haben, wird in allen Kreisen auf das höchste bedauert, die auch in dieser schweren aller Zeiten die Erhaltung der deutschen Volkseinheit als einzig rettendes Ziel in unserer Bedrängnis erblickten. Und diese Kreise bilden bei sämtlichen ernsthaften politischen Parteien, mögen sie haben oder drüben stehen, die weitaus große Mehrheit. Sie bilden auch die Mehr-

heit des gesamten deutschen Volkes. Dieses Bewußtsein sollte uns die tröstende Gewißheit von der friedlichen und baldigen Beseitigung des Konflikts geben. Daß Reich, und immer wieder das Reich, diese Parole muß uns retten, muß es Meinungsverschiedenheiten überwinden — es ist unser einziger Rettungsanker — in der Gegenwart. Geht auch dieser verloren, versinken wir!

Um Herrn v. Loffow.

Aber die Gründe, die zu der Zuspitzung geführt haben, ist zu sagen, daß sie im wesentlichen um die Person des in Bayern unter dem Ausnahmezustand Kommandierenden General v. Loffow entstanden. In der Richtausführung des an ihn ergangenen Befehls der Reichsleitung, den bayerischen Beobachter zu verbieten, sieht die Reichsregierung beim General v. Loffow eine Verletzung seiner Disziplinarpflicht.

Die Reichsregierung kündigte daher gegen den General die schärfsten Maßnahmen an. Die Reichsregierung bedauert, daß damit eine Art Einheitsfront zwischen Bayern und Sachsen gegen den Reichswehrminister geschaffen worden ist. Sie wird die verfassungsrechtlichen Kompetenzen unter allen Umständen durchsetzen.

Die Abberufung des Generals v. Loffow sei durch den Reichswehrminister offiziell erfolgt. Die bayerische Regierung habe daraufhin den Rücktritt des Reichswehrministers gefordert. Der Reichswehrminister hat bis zum äußersten versucht, durch gütliches Verhandeln ein Einvernehmen herbeizuführen. Er ist selber nach Bayern gefahren, aber ohne Erfolg, da General v. Loffow überhaupt nicht erschienen ist, um mit dem Minister zu verhandeln; er stellt sich hinter den Generalkonsulatskommissar v. Rahr und erklärt einfach, er fühle sich an Bayern gebunden.

Ämtlicher Verkehr mit Berlin unterbrochen.

Die bayerische Regierung hat durch ihren Vertreter in Berlin, Herrn v. Preger, die Reichsregierung wissen lassen, daß Bayern jeden weiteren amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung General v. Seeckt ablehne.

Aber auch in Bayern verlautet, man erkenne die Bemühungen des Reichswehrministers, seine Tätigkeit und seine Erfolge durchaus an, wenn man auch in dem kritischen Punkt ihm nicht zustimmen könne. Man erkenne die Notwendigkeit der Reichserhaltung an, und über alle Personenfragen hinweg sei die Unantastbarkeit dieses Prinzips erhoben.

Der bayerische Standpunkt.

Aus München wird zum Fall Loffows amtlich gemeldet: Die Darstellung über den Fall Loffow, die die Reichsregierung durch die Presse veröffentlicht hat, bedarf in wichtigen Punkten einer Berichtigung. Eine genaue Sachdarstellung wird von der bayerischen Staatsregierung noch gegeben werden. Nach privaten Berichten aus München wird dort ferner darauf hingewiesen, daß General v. Loffow von Anfang an sich bereit erklärt hat, von seinem Posten zurückzutreten, und daß er diese Erklärung sogar vorgelesen hat dem Generalkonsulatskommissar v. Rahr gegenüber wiederholt hat. Die bayerischen Reichswehrtruppen sünden aber auf dem Standpunkt, General v. Loffow sei auf seinem Posten zurzeit unerlässlich, weil kein anderer General so wie er das Vertrauen der Truppe und die Achtung der Bevölkerung besitze. Sein erzwungener Rücktritt würde, nach der Überzeugung der bayerischen Generalität, unzweifelhaft eine Zerrüttung des militärischen Zusammenhalts in der bayerischen Reichswehr zur Folge haben.

Ein neuer Vermittlungsversuch.

Es scheint, so wird weiter berichtet, als ob in diesem Konflikt wieder eine gewisse Entspannung der Lage eingetreten sei. Man dürfe diese wohl darauf zurückführen, daß der Reichskanzler beabsichtigt, in neue Verhandlungen einzutreten. Man hofft in München, daß diese Verhandlungen, zu denen bereits eine Persönlichkeit aus Berlin unterwegs ist, zu einer Einigung führen dürften.

Wissenschaft · Kunst · Literatur

Hungernde deutsche Gelehrte.

Feststellungen eines amerikanischen Professors.

„Im Interesse einer wissenschaftlichen Arbeit,“ schreibt der amerikanische Physik-Professor James S. Southall von der Columbia-Universität zu New York, „musste ich diesen Sommer eine Reise nach Deutschland machen. Es war nötig, mit einem der hervorragendsten und anerkanntesten Gelehrten des Landes, Professor der Physiologie einer berühmten deutschen Universität, persönlich zu konferieren. Ich war früher nie in Deutschland gewesen und hatte den ausgezeichneten Mann nie vorher gesehen. Unsere Spezialgebiete liegen ja auch etwas auseinander. Sobald er hörte, daß ich in der kleinen Universitätsstadt angekommen war, lud er mich und meinen Sohn, der mich auf der Reise begleitete, auf den Nachmittag zum Tee ein. Wir erschienen zur festgesetzten Stunde. Es war ein reizendes altertümliches Gebäude, das in allen Teilen von hoher Kultur und überlegtem Komfort sprach. Der Professor und seine Gattin empfingen uns und begrüßten uns in der entgegenkommendsten Weise. Auf dem Tisch, an dem wir Platz nahmen, stand ein wenig Schokolade und Brot und ein oder zwei wenig verführerische Teller mit Jubrot. Mein Vorkurs entschuldigte sich wegen der mageren Aufnahme, sie seien zurzeit in ihren Ernährungsverhältnissen sehr beschränkt. Die Gattin fügte hinzu, daß sie seit Monaten weder Butter noch Milch oder Eier gehabt hätten, aber gelegentlich gönnten sie sich ein Stückchen Fleisch, meist Pferdefleisch, und manchmal etwas Fisch. Ich stellte mehrere Fragen über ihre häusliche Lage, aber sie waren in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend. Ein Mädchen namens Martha bediente bei Tisch. Sie hatte schon 25 Jahre oder länger in der Familie geblieben, und jede Woche kam sie zu der Frau mit der Bitte, ihren Lohn herabzusetzen, obwohl er schon so gering war, daß sie sich keine Briefmarke mehr kaufen konnte. Die Frau nahm mich nach dem Tee beiseite und bat mich, mit ihrem Gatten nicht über die unglücklichen Verhältnisse zu sprechen.

Jeder Pfennig, den sie in ihrem Leben gespart hatten, war da hin; das Haus, das sie bewohnten, war ihr Eigentum, aber sie waren nicht in der Lage, die notwendigen laufenden Ausgaben für Instandhaltung zu bestreiten. Der Gatte ertrag es nicht, daß über die verzweifelte Lage gesprochen wurde. Sein einziger Trost war, sich

Tag für Tag in seine Arbeit zu vergraben und das ewige Unglück sich auf diese Weise fernzuhalten. Aber auch dieses schwache Hilfsmittel versagte oft genug, da es ihm an Apparaten und sonstigen Mitteln zu Untersuchungen fehlte, besonders auch an den neueren Büchern und Zeitschriften seines Gebietes.

Der Professor führte mich nachher in sein Studierzimmer, und wir sprachen über die Angelegenheiten, die mich zu ihm führten. Mit möglichst viel Rücksichtnahme wagte ich ihm mein Mißgefühl auszusprechen mit den Bedingungen, unter denen er und seine Kollegen zu arbeiten hätten, und als ich wieder dabei war, nahm ich mir heraus, ihm ein paar Bücher und wissenschaftliche Journale zu schenken, nebst der Anfrage, ob ich ihm in irgend einer Weise dienen könnte.

Vor ein paar Tagen erhielt ich einen Brief von ihm, der sich auf die zwischen uns besprochenen Angelegenheiten bezog. Herzlich antwortete er auf meine Frage betreffs der Unterstützung der deutschen Wissenschaft. Ich nehme an, daß die Dinge in Deutschland sich selber weise und verschlummert haben, sonst hätte wohl jener Gelehrte jedes Eingehen auf die Sache abgelehnt.

Der Brief des deutschen Professors, dessen Namen der Amerikaner diskret verschweigt, behandelt die „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft“ sowie die von Professor Wlad in Göttingen geleitete „Dogenienhilfe“. Er enthält die charakteristische Stelle: „da unsere Zustände sich rapide der typischen Hungersnot nähern“.

Der amerikanische Professor schließt seinen Bericht mit den Worten: „Deutschland als Nation kann und wird sich erholen, aber für zahlreiche seiner besten und verdienstvollsten Männer und Frauen gibt es keine Rettung mehr, sie sind so gut wie erledigt!“

w. Amundsens Flug zum Nordpol. Zu der aus Amerika kommenden Meldung, daß Amundsen im Mai des kommenden Jahres einen neuen Versuch machen wolle, den Nordpol mittels Hingangs zu erreichen, wird jetzt von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß wegen dieses bereits verhandelten zwischen dem Forscher und dem Erbauer der deutschen Ganzmetallflugzeuge Prof. Junfers schweden. Für das neue Unternehmen sollen die Erfahrungen verwertet werden, die die von den Junfers-Werken in diesem Jahre nach Spitzbergen entsandte Hülserpedition über die meteorologischen Verhältnisse im arktischen Gebiet gemacht hat. Konsul Hammer, der schon an dem für dieses Jahr geplanten und später ausgegebenen Unternehmen Amundsens beteiligt war, hat sich jetzt nach Seattle (Washington) begeben, um dort mit dem Forscher zusammenzutreffen.

— Anfang der Seuchen. In der ersten Hälfte dieses Jahres sind, wie jetzt bekanntgegeben wird, im Deutschen Reich nur neun Bodesfälle festgestellt worden, gegen 200 in der ersten Hälfte 1922. In fünf Fällen ließ sich die Quelle der Ansteckung nicht ermitteln. Zwei Fälle waren indisch, Rotz, die mit englischen Dampfern in Hamburg schon krank ankamen. Eine polnische Arbeiterin wurde, wahrscheinlich durch verunreinigte Kleidungsstücke anderer polnischer Arbeiter, angesteckt. In derselben Zeit hatte die Schwelz 1627 Bodesfälle, England einschließlich Wales deren 1219. Auch das Fleckfieber ist bei uns als erfolgreich zu betrachten. Es trat in der ersten Hälfte des Jahres nur 22mal auf. Sieben Fälle betrafen Flüchtlinge aus dem Wolgagebiet, zehn Polen, die übrigen waren Einheimische, die mit den Flüchtlingen in Berührung gekommen und von ihnen angesteckt waren.

○ In dem Selbstmord des Barons Nathaniel Charles v. Rothschild in London wird noch gemeldet, daß der Baron sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten hat, weil er sich in dem Wahn befand, daß er rettungslos dem Trübsinn verfallen sei. Der Baron stand im 46. Lebensjahre und war als Gelehrter durch eine Reihe von Veröffentlichungen bekannt geworden.

○ Abschluß der Ausstellung in Göteborg. Die große Ausstellung in Göteborg in Schweden ist jetzt mit einer größeren Festlichkeit geschlossen worden. Von den beiden Präsidenten des Ausstellungsvorstandes wurden Abschiedsreden gehalten.

— Berge auf der Wanderschaft. Allbekannt ist das Wort: „Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommen kann, muß Mohammed zum Berge!“ Der Spaziergang eines Berges wird hier als etwas Unmögliches angenommen, aber so ganz unmöglich scheint er, nach den neuesten Forschungen, nicht zu sein. Ja, es gehen, wenn man dem amerikanischen Geologen Prof. Willies Glauben schenken will, nicht nur Berge, sondern gleich ganze Hochgebirge spazieren, und es würde für Mohammed heute ein Leichtes sein, einen Berg zur Audienz zu beordern. Prof. Willies, der von einer südamerikanischen Reise nach New York zurückgekehrt ist, will feststellen haben, daß sich der riesige Gebirgszug der Anden seit etwa einem Jahrhundert um zwei Meilen nach Westen verschoben habe, und daß die kalifornischen Berge nach Norden wandern.

Ar
So
beob
einem
daß
im allg
Kältepe
De
beru
beru
auf
mang
Brieven
anzwe
graben
den die
Pateie
denen
die Erb
in so w
Erja
pöfische
Verfich
nomme
gute
Bahng
De
D
utro
etwa
für das
tischen
Schlä
ind ne
De
Finanz
von tie
fertiger
überfich
das so
Steuern
uträgl
lichen
die Weib
der Fin
ungenü
Gutsh
jedoch
wertet
bis au
Reichs
Bei
pöfisch
dem d
überwe
Züge
berl
zung,
der Be
De
Schöff
des-We
launet
Nahme
Amers
lade
N
fordau
deuts
der G
weilf
ist gl
De
D
nahm
Schuß
im un
darauf
haltung
den in
erlegt
aufred
und de
sein
N
harte
aus ju
De
Schuß
nenen
und g
Ständ
wapp
messer
wurde
einige
Kande
überall